

Antrag 54/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für einen progressiven transatlantischen Neuanfang!**

1 Die Wiederbelebung und Vertiefung der transatlanti-
 2 schen Beziehungen ist nach der Wahl Joe Bidens zum
 3 46. US-Präsidenten überparteilicher Konsens. Wir fordern
 4 die weitergehende, strategische Entwicklung und Um-
 5 setzung einer distinkt sozialdemokratischen transatlanti-
 6 schen Agenda, basierend auf progressiven außen-und in-
 7 nenpolitischen Ideen, den Konzepten der „Europäischen
 8 Strategischen Autonomie“ und der „Foreign Policy for the
 9 Middle Class“ sowie dem Wissen, dass nur eine enge
 10 transatlantische Allianz die multilaterale, wertebasierte
 11 Ordnung gegen die zunehmende Erodierung durch auto-
 12 kratische Regime bewahren und stärken kann.

13

14 **Auf Landesebene** fordern wir:

15 1. Die Entwicklung und Umsetzung eines trans-
 16 atlantischen Austauschprogrammes zwischen
 17 Politiker*innen und Mitarbeiter*innen der öffentli-
 18 chen Verwaltung mit urbanen Zentren jenseits der
 19 US-Küstengebiete mit verschiedenen thematischen
 20 Schwerpunkten (u.a. Klima, Handel, Technologie).
 21 Als Beispiel kann das Programm „New Urban
 22 Progress“ des Progressiven Zentrums dienen.

23

24 **Auf Bundesebene** fordern wir:

25 1. Einen gezielten Kontaktaufbau zwischen Fraktion
 26 und Parteivorstand mit dem progressiven Flügel der
 27 Demokratischen Partei sowie verwandten Organi-
 28 sationen (z.B. „Justice Democrats“, „Center for In-
 29 ternational Policy“) und eine daraus resultierende
 30 Agenda für eine gemeinsame progressive Allianz,
 31 die alle außenpolitische Bereiche umfasst.

32 2. Die Etablierung einer transatlantischen Task-Force
 33 zur Stellungnahme und Positionierung gegenüber
 34 der von Biden angekündigten „Foreign Policy for
 35 the Middle Class“. Diese sollte eine Neujustierung
 36 der deutschen und europäischen Außenpolitik auf
 37 nationale und internationale wirtschaftliche Ver-
 38 teilungseffekte, ein transparentes Aufbrechen des
 39 innen-und außenpolitischen Silodenkens in Parla-
 40 menten und Verwaltung sowie einen intensivierten
 41 und informationsbasierten außen-und sicherheits-
 42 politischen Bürger*innendialog zu ihrem Kern ma-
 43 chen.

44 3. Die Gründung eines parlamentarischen bzw. par-
 45 teilichen Austauschkreises zu Best Practices und
 46 Policy-Umsetzung einer innenpolitischen progres-
 47 siven Agenda, insb. mit Augenmerk auf nachhalti-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Wiederbelebung und Vertiefung der transatlanti-
 schen Beziehungen ist nach der Wahl Joe Bidens zum
 46. US-Präsidenten überparteilicher Konsens. Wir fordern
 die weitergehende, strategische Entwicklung und Um-
 setzung einer distinkt sozialdemokratischen transatlanti-
 schen Agenda, basierend auf progressiven außen-und in-
 nenpolitischen Ideen, den Konzepten der „Europäischen
 Strategischen Autonomie“ und der „Foreign Policy for the
 Middle Class“ sowie dem Wissen, dass nur eine enge
 transatlantische Allianz die multilaterale, wertebasierte
 Ordnung gegen die zunehmende Erodierung durch auto-
 kratische Regime bewahren und stärken kann.

Auf Landesebene fordern wir:

1. Die Unterstützung der bestehenden transatlan-
 tischen Austauschprogramme zwischen Politi-
 ker*innen und Mitarbeiter*innen der öffentlichen
 Verwaltung mit urbanen Zentren jenseits der US-
 Küstengebiete mit verschiedenen thematischen
 Schwerpunkten (u.a. Klima, Handel, Technologie).
 Als Beispiel kann das Programm „New Urban
 Progress“ des Progressiven Zentrums dienen. Be-
 sonderes Augenmerk ist darauf zu legen, dass mit
 beiden US-Kongressparteien gleichermaßen der
 Austausch gesucht wird.

Auf Bundesebene fordern wir:

1. Einen gezielten Kontaktaufbau zwischen Fraktion
 und Parteivorstand mit dem progressiven Flügel der
 Demokratischen Partei sowie verwandten Organi-
 sationen (z.B. „Justice Democrats“, „Center for In-
 ternational Policy“) und eine daraus resultierende
 Agenda für eine gemeinsame progressive Allianz,
 die alle außenpolitische Bereiche umfasst.

2. 4. Das Ziel eines nuklearwaffenfreien Europas bleibt
 bestehen. Die nukleare Teilhabe dient jedoch der Si-
 cherheit und dem Zusammenhalt innerhalb der NA-
 TO. Einen unilateralen Ausstieg Deutschlands aus
 der nuklearen Teilhabe darf es daher nicht geben.
 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss im-
 mer im Multilateralismus begründet sein – einen
 deutschen Alleingang ohne Abstimmung mit unse-
 ren europäischen Partnern lehnen wir daher ab. Wir
 unterstützen die von Bundeskanzler Olaf Scholz an-
 gekündigte Anschaffung von F-35 Flugzeugen

3. Eine proaktive Politik, wie bereits im Koalitionsver-
 trag festgesetzt, des konstruktiven Engagements

48 gen Infrastrukturausbau, die Schaffung und ange-
 49 messene Vergütung von systemrelevanten Stellen
 50 im Pflegebereich, Aufarbeitung und Wiedergutmachung
 51 von Rassismus und postkolonialem Erbe sowie sozio-ökonomische
 52 Mobilität und Bildungsgerechtigkeit.
 53
 54 4. Das Ziel eines nuklearwaffenfreien Europas bleibt
 55 bestehen. Die nukleare Teilhabe dient jedoch der Sicherheit
 56 und dem Zusammenhalt innerhalb der NATO. Einen unilateralen
 57 Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe darf es daher
 58 nicht geben. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss
 59 immer im Multilateralismus begründet sein – einen deutschen
 60 Alleingang ohne Abstimmung mit unseren europäischen Partnern
 61 lehnen wir daher ab. Gleichzeitig muss die Bedingung gelten,
 62 dass hierdurch kein Einfluss auf die europäische Rüstungs-
 63 beschaffungspolitik genommen wird, bspw. durch die nicht-
 64 Zertifizierung von Eurofightern oder dem Future Combat Air
 65 System.
 66
 67 5. Eine proaktive Politik des konstruktiven Engagements
 68 der Bundesregierung mit dem Atomwaffenverbotsvertrag durch
 69 Teilnahme an den Vertragsstaatskonferenzen als Beobachter
 70 und Mitfinanzierer; den Einsatz ggü. den Staaten der Stockhol-
 71 minitiative, sich ebenfalls als Beobachter zu beteiligen; und die
 72 explizite Befürwortung ggü. den USA, eine "No first use"
 73 Policy einzuführen.
 74
 75 6. Eine Re-Evaluierung des NATO-2%-Ziels mit dem Ziel
 76 eines neuen Abkommens, welches den qualitativen Ausbau
 77 militärischer Fähigkeiten festlegt, zu welchem sich einzelne
 78 Mitgliedstaaten zu bestimmten Zeitpunkten verhalten sollen.
 79 Dieses Abkommen muss gebunden an die Bedingung sein, dass
 80 jede Erhöhung der Verteidigungsausgaben mit einer klar
 81 definierten Beschaffungsstrategie einhergeht und dem
 82 ausschließlichen Zweck dient, aktuelle Ausrüstungs-
 83 Ausbildungs- und Abwehrdefizite der Bundeswehr sowie der
 84 EU- und NATO-Partner zu kompensieren. Übergeordnetes
 85 Ziel muss stets die auf Kosten- und Kapazitäteneffizienz
 86 und -ergänzung ausgelegte Integration der europäischen
 87 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (insbes. im Rahmen
 88 von PESCO) sein. Deshalb soll zudem eine jährliche
 89 Evaluierung stattfinden, welche auf die Integration von
 90 Ausrüstung und Abwehrsystemen entsprechend dem Ziel
 91 einer integrierten europäischen Sicherheitspolitik abzielt
 92 und festlegt, ob die Rüstungsausgaben gesenkt werden
 93 können.
 94
 95 7. Die Einsetzung einer transatlantischen Evaluierungs-
 96 gruppe des Afghanistan-Einsatzes, um Defizite in der
 97 Kooperation und Koordinierung konsequent aufzuarbeiten.
 98
 99
 100

der Bundesregierung mit dem Atomwaffenverbotsvertrag durch
 Teilnahme an den Vertragsstaatskonferenzen als Beobachter
 und Mitfinanzierer; den Einsatz ggü. den Staaten der
 Stockholminitiative, sich ebenfalls als Beobachter zu
 beteiligen; und die explizite Befürwortung ggü. den USA,
 eine "No first use" Policy einzuführen.

4. Ein klares Bekenntnis zu den am 27.02. von Olaf Scholz
 formulierten verteidigungspolitischen Zielen der
 „Zeitenwende“, insb. Die Einsetzung des 100 Mrd.
 EUR Sondervermögens für die Stärkung der Ausrüstung
 der Bundeswehr sowie eine klare Ziel- und Strategie-
 formulierung für Ausstattung und Finanzierung der
 Bundeswehr über das Jahr 2025 hinaus. Jede Erhöhung
 der Verteidigungsausgaben muss mit einer klar
 definierten Beschaffungsstrategie und -reform
 einhergehen und dem ausschließlichen Zweck dienen,
 aktuelle Ausrüstungs- Ausbildungs- und Abwehrdefizite
 der Bundeswehr sowie der EU- und NATO-Partner zu
 kompensieren. Übergeordnetes Ziel muss stets die auf
 Kosten- und Kapazitäteneffizienz und -ergänzung
 ausgelegte Integration der europäischen Sicherheits- und
 Verteidigungspolitik (insbes. im Rahmen von PESCO)
 sein. Deshalb soll zudem eine jährliche Evaluierung
 stattfinden, welche auf die Integration von Ausrüstung
 und Abwehrsystemen entsprechend dem Ziel einer
 integrierten europäischen Sicherheitspolitik abzielt
 und festlegt.
5. Die Einsetzung einer transatlantischen Evaluierungs-
 gruppe des Afghanistan-Einsatzes, um Defizite in der
 Kooperation und Koordinierung konsequent aufzuarbeiten.

Auf **EU-Ebene** fordern wir:

1. Die zügige Operationalisierung des transatlantischen
 Trade and Technology Council um Einheit in den
 Anstrengungen zur Bewältigung der Sicherheits-,
 Wirtschafts- und Regulierungsherausforderungen
 im digitalen und technologischen Bereich zu fördern
 sowie globale Standards zu setzen, die Privatsphäre,
 Menschenrechte, Wettbewerb und Transparenz
 schützen.
2. Den engen Schulterschluss von Deutschland im
 Rahmen der Team Europe Initiative mit den USA
 und das Vorantreiben wichtiger Zukunftsinvestitionen
 auf multilateraler Ebene zur Erholung nach der
 Covid-19 Pandemie u.a. im Bereich der nachhaltigen
 Infrastrukturentwicklung sowie Digitalisierung.
 Wichtige Initiativen müssen gestreamlined werden.
 Hierbei muss ein Fokus auch auf der internationalen
 Zusammenarbeit und entwicklungspolitischen
 Unterstützung anderer Länder liegen, um einen solida-

101

102 Auf **EU-Ebene** fordern wir:

- 103 1. Die zügige Operationalisierung des transatlantischen Trade and Technology Council um Einheit in den Anstrengungen zur Bewältigung der
- 104 Sicherheits-, Wirtschafts- und Regulierungsherausforderungen im digitalen und technologischen
- 105 Bereich zu fördern sowie globale Standards zu setzen, die Privatsphäre, Menschenrechte, Wettbewerb und Transparenz schützen.
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111 2. Den engen Schulterschluss von Deutschland im Rahmen der Team Europe Initiative mit den USA und das Vorantreiben wichtiger Zukunftsinvestitionen auf multilateraler Ebene zur Erholung nach der Covid-19 Pandemie u.a. im Bereich der nachhaltigen Infrastrukturentwicklung sowie Digitalisierung. Wichtige Initiativen müssen gestreamlined werden. Hierbei muss ein Fokus auch auf der internationalen Zusammenarbeit und entwicklungspolitischen Unterstützung anderer Länder liegen, um einen solidarisches globalen Aufschwung zu ermöglichen.
- 112
- 113
- 114
- 115
- 116
- 117
- 118
- 119
- 120
- 121
- 122 3. Einen gemeinsamen Ansatz für die digitale Steuerpolitik in Form der Wiederaufnahme der OECD-Verhandlungen. Regulierungs-, Wettbewerbs-, Inhalts- und Datenschutzprobleme müssen in enger Abstimmung adressiert werden, um globale Normen zu formen und eine nachhaltige Alternative zu autoritären Kontrollversuchen digitaler Zivilsphären zu bieten.
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- 129
- 130 4. Die Einsetzung einer NATO-EU Taskforce um die Koordinierung zu maximieren, Fähigkeiten zu bündeln und die Umsetzung einer gemeinsamen politischen Agenda sowie eines Strategiekonzepts zur Bekräftigung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat als Kernkonzept aller NATO-Mitgliedstaaten voranzutreiben.
- 131
- 132
- 133
- 134
- 135
- 136
- 137 5. Die weitere Stärkung der europäischen Verteidigungsarchitektur (GSVP) und PESCO mit dem langfristigen Ziel der Schaffung einer Europäischen Armee, ein Instrument, das nicht als Alternative zur NATO gedacht sein soll, sondern als europäischer Pfeiler des transatlantischen Bündnisses, der die strategische Gestaltungsmacht Europas in der Allianz und der Allianz selbst erhöhen würde.
- 138
- 139
- 140
- 141
- 142
- 143
- 144
- 145

rischen globalen Aufschwung zu ermöglichen.

3. Einen gemeinsamen Ansatz für die digitale Steuerpolitik in Form der Wiederaufnahme der OECD-Verhandlungen. Regulierungs-, Wettbewerbs-, Inhalts- und Datenschutzprobleme müssen in enger Abstimmung adressiert werden, um globale Normen zu formen und eine nachhaltige Alternative zu autoritären Kontrollversuchen digitaler Zivilsphären zu bieten.
4. Die Einsetzung einer NATO-EU Taskforce um die Koordinierung zu maximieren, Fähigkeiten zu bündeln und die Umsetzung einer gemeinsamen politischen Agenda sowie eines Strategiekonzepts zur Bekräftigung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat als Kernkonzept aller NATO-Mitgliedstaaten voranzutreiben.
5. Die weitere Stärkung der europäischen Verteidigungsarchitektur (GSVP) und PESCO mit dem langfristigen Ziel der Schaffung einer Europäischen Armee, ein Instrument, das nicht als Alternative zur NATO gedacht sein soll, sondern als europäischer Pfeiler des transatlantischen Bündnisses, der die strategische Gestaltungsmacht Europas in der Allianz und der Allianz selbst erhöhen würde.
6. Die Vertiefung der Zusammenarbeit im Energie- und Klimabereich, um die europäische Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren und gemeinsam die Energiewende in Europa und den USA sowie auf globaler Ebene zu fördern, beispielsweise über die starke Umsetzung der Transatlantic Green Technology Alliance, angekündigt im EU-US Summit Statement vom Juli 2021